

Ö1 Frühjournal

Heute ist Donnerstag der 13. April zum Frühjournal begrüßt sie Paul Kraker.

Die Themen.

Wahlkampf um die SPÖ-Spitze.

Andreas Babler fordert in seinem Programm eine Rückbesinnung auf die Arbeiterschaft.

Die industrielle Vereinigung fordert rasch das Mercosur-Freihandelsabkommen abzuschließen.

Die europäische Raumsonde Jus startet zum Jupiter.

Ankommen wird sie in acht Jahren.

Zunächst zum Wetter.

Grunderschule bitte.

Eine Kaltfront und ein Italien-Tiefbringern verbreitet Regen.

Es kann auch weit herunter schneien und der schwere Schnee kann etwa Bäumen und Strommasten zusetzen.

Jedenfalls ist auf höher gelegenen Straßen schon recht bald mit winterlichen Verkehrsbedingungen zu rechnen.

Es regnet jetzt schon fast in allen Landeshauptstädten.

In Wien hat es 8 bis 11 Grad, Eisenstadt und St. Pölten 9,

Linz 8, Salzburg 7, Innsbruck 6, Bregenz 5 und Graz und Klagenfurt 8 Grad.

Die Temperaturen ändern sich heute nicht mehr viel beziehungsweise meist kühlt es noch etwas ab.

Die Nachmittagstemperaturen 1 bis 9 Grad in 2000 Meter minus 6 bis minus 3 Grad.

Über ganz Österreich erstreckt sich den ganzen Tag eine dichte Wolkendecke.

Schnee fällt auf 12 und da bis 600 Meter bis auf 600 Meter etwa im Nachmittag in Ostsirol und Kärnten.

Im Süden regnet und schneidet es anhaltend und auch immer intensiver.

In Vorarlberg im Außerfern und von Oberösterreich bis ins Nordburgenland werden auch Regenspauern dabei sein.

Im Dreikampf um die SPÖ-Führung läuft der Wahlkampf.

Kandidat Andreas Barbla hat am Abend sein politisches Programm präsentiert in Treskirchen, Niederösterreich, wo er seit Jahren Bürgermeister ist.

Vor Sympathisanten hat Barbla zahlreiche Themen angesprochen.

Der allgemeine T-Nur, eine Rückbesinnung der SPÖ auf die Arbeiterschaft.

Aus Treskirchen Peter Dase.

Andreas Barbla betont bei seiner Rede in Treskirchen seine Herkunft,

eine Arbeiterfamilie, seine politischen Forderungen unter Mauer, der meist mit Beispielen aus dem Arbeitsalltag etwa wenn es um gerechte Bezahlung oder kürzere Arbeitszeiten geht, um die Gleichstellung von Männern und Frauen, um zwei Klassenmedizin oder um den Klimaschutz, den Barbla zur sozialen Frage erklärt.

Er warnt vor einer Politik gegen Ausländer und sagt, an die eigene Partei gerichtet.

Es ist eine Leidenschaft zu sagen, wir sind an einer Seite, wir kämpfen jetzt miteinander, es ist unsere Bewegung, nicht von irgendwelchen Spindoktoren und Taktierereien.

Wir sind kein Wohlbewegungsverein, der eine Wohlquina muss, wir müssen Sozialdemokratinnen sein.

Während Barblas Rede warnt neben seinen Sympathisanten viel aus dem Ort auch zahlreiche Medienvertreter.

Prominente aus der sozialdemokratischen Partei waren nicht im Publikum.

Das sogenannte Mercosur-Abkommen soll die größte Freihandelszone der Welt schaffen zwischen der EU und den vier südamerikanischen Staaten Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay, mit insgesamt 770 Millionen Einwohner.

Seit Jahren wehren sich Umweltgruppen dagegen, auch Staaten wie Österreich lehnen das Abkommen ab, vor allem die Landwirtschaft argumentiert Standards bei Lebensmitteln könnten sinken.

Die industrielle Vereinigung sieht das anders, sie drängt auf einen Abschluss des Mercosur-Abkommens, der Wegfall der Zölle sei eine einmalige Chance.

Voll grobemaß berichtet.

Für die Industrie überwiegen die Vorteile, klar die Nachteile, so würden fast alle Zölle und Handelsämisse abgebaut.

Auch könne sich die EU unabhängiger machen, etwa bei Rohstoffen und in der Region leichter ins Geschäft kommen.

Kritik gerade vonseiten der Landwirtschaft weist Generalsekretär Christoph Neumeier zurück.

Kein Land sei gezwungen, Waren wird verrinnt, Fleisch zu importieren.

Wir bleiben hier im eigenen Haus und bestimmen, was überhaupt in die österreichischen Supermärkte kommt und was überhaupt Konsumentinnen und Konsumenten kaufen können.

In Österreich sprechen sich Regierung und Parlament gegen das Mercosur-Abkommen aus.

Im Sommer wird der geplante Handelspakt zentrales Thema beim EU-Lateinamerika-Gipfel sein.

Menschen in Österreich denken derzeit offenbar weniger über den Klimawandel nach. Aus einer Befragung für den sogenannten Klimabesorgnis-Monitor geht er vor.

Bei Jugendlichen gibt es ein höheres Problembewusstsein als bei älteren Menschen, aber nur wenige zeigen sich bereit für das Klima ihr Verhalten zu ändern.

Adam Michale informiert.

43% der Menschen unter 30 geben an in der vergangenen Woche über den Klimawandel nachgedacht zu haben. Das ist zwar um 10% mehr als im gesamten Bevölkerungsschnitt.

Wenn es darum geht, im eigenen Verhalten etwas zu ändern, gibt es hier aber kaum Unterschiede.

Nur etwa einer von zehn der Jungen gibt bei der Befragung an, das Verhalten sicher ändern zu wollen.

Nimmt man alle Befragten, sind es fast gleichviele. Das Bewusstsein steigt zwar generell, wenn man die Klimauswirkungen extrem spürt, etwa durch Hitze, Waldbrände oder Überschwemmungen.

Die Themen Teuerung und hohe Mieten beschäftigen die Menschen in Österreich derzeit aber mehr.

Die EU plant offenbar den Umgang mit kollabierenden Banken zu verbessern. Es soll frühzeitige Warnungen geben, wenn einer Bank der Zusammenbruch droht. Das Ziel ist, dass weniger Steuergeld eingesetzt wird, wenn Banken abgewickelt werden.

Hannah Sommersacher berichtet.

Bericht eine Bank zusammen soll weniger Steuergeld zur Abwicklung eingesetzt werden. Das berichtet die Nachrichtenagentur Reuters, die entsprechende EU-Unterlagen eingesehen hat. Im Zuge der Finanzkrise sind zahlreiche Geldhäuser in Straucheln geraten.

Ihre Rettung ist häufig mit Steuergeld finanziert worden. Um das zu verhindern, ist die Abwicklungsbehörde Single Resolution Board SRB eingerichtet worden, in deren Abwicklungsfonds zahlen die Banken ein. Allerdings bisher ist der Fonds kaum genutzt worden, bei vielen zusammengebrochenen kleinen und mittelgroßen Banken seien bisher die nationalen

Abwicklungsregeln angewendet worden.

Man müsse den europäischen Mechanismus überarbeiten, damit er bei allen Bankentypen in der EU unabhängig von Größe oder Geschäftsmodell zum Einsatz kommen kann. Die EU-Staaten und das EU-Parlament haben das letzte Wort zu den Vorschlägen. Sie sollen kommende Woche vorgelegt werden.

Nach seiner Besucht in Nordeland ist US-Präsident Joe Biden nach Erdland weiter gereist zu einem dreitägigen Staatsbesuch. Neben politischen Gesprächen geht Biden auf Spurensuche. Vorfahren stammen aus Erdland, auch wenn beim Verwandtschaftsgrad die Vorsilbe Uhr, Uhr, Uhr davor steht. Zuführt Biden in Nordeland dazu, aufgerufen den Friedensprozess vorzusetzen und das Karfreitagsabkommen zu erhalten. Insgesamt fällt die Substanz seines Besuchs aber eher mager aus. Aus Großbritannien Jörg Winter.

Die politischen Blockiere in Nordeland hat der Besuch von US-Präsident Biden offenbar ziemlich kalt gelassen. Die Visite habe an der politischen Dynamik nichts geändert, sagte Führer der pro-britischen Unionisten, die seit Monaten die Regierung in Belfast blockieren. Biden hatte gestern zum Erhalt des Friedens und der Ausschöpfung des Wirtschaftspotentials im ärmsten britischen Landesteil aufgerufen.

Amerikanische Konzerne stünden für ein Engagement in Nordeland bereit. Voraussetzung dafür sei politische Stabilität, die scheint gefährdet, solange pro-britische Kräfte nicht in die Regierung in Belfast zurückkehren.

Sie lehnen das nach dem Brexit geltende Handelsregime für Nordeland ab. Die Regierung in London ist gefragt, Rezepte zur Lösung der politischen Lehmung in Belfast fehlen jedoch.

Die sogenannten Pentagon Leaks, zahlreiche geheime US-Dokumente zum Krieg in der Ukraine, könnten von einer US-Militärbasis stammen.

Nach einem Bericht der US-Zeitung Washington Post soll es sich um einen Amerikaner handeln, der auf der Gamerplattform Discord aktiv ist und die geheime Dokumente an seine Online-Bekanschaften geschickt hat. Aus den USA, Christoph Kohl.

Bei dem Maulwurf der Hunderte streng geheime Dokumente online veröffentlicht hat, soll es sich um einen Mann handeln, der auf einer US-Militärbasis gearbeitet hat. Zu diesem Schluss kommen zwei Investigativ-Journalisten der Washington Post.

Sie haben einen der jugendlichen Interview, der Teil der Gruppe war, mit der der Mann die Top-Secret-Informationen geteilt haben soll.

Ich glaube nicht, dass er eine bestimmte Absicht hatte, was er mit der Veröffentlichung erzielen wollte. Er war in gewisser Weise gegen die Regierung, aber so wie viele Rechte heute zutage.

So der Jugendliche, der im Interview mit der Washington Post anonym bleiben will. Der Täter wird als OG beschrieben, seine Identität und sein Standort werden nicht genannt. Eine Reaktion oder Bestätigung der US-Behörden gibt es noch nicht.

Die europäische Raumfahrtbehörde ESA beginnt ihre bisher aufwendigste Planetenmission. Am Nachmittag startet vom Weltraumbahnhof Kourou in Französisch-Gujana die Raumsonde Jus.

Es wird eine lange Reise. In acht Jahren erreicht Jus ihr Ziel den Riesenplaneten Jupiter. Dort wird die Sonde mehrere Monate untersuchen, vor allem den besonders interessanten Mond-Ganimit.

Um zum Jupiter zu gelangen, lässt sich die Sonde von der Gravitation mehrerer Planeten ziehen. Paul Seehorst berichtet.

Ab heute schwingt sich der Jus-Satellit durch das Sonnensystem, mit Hilfe der Gravitation einiger Planeten, inklusive der Erde.

[Transcript] Ö1 Journale / Frühjournal um 6 (13.04.2023)

In einigen Jahren solle das Magnetfeld des Eismondes Ganymedern messen, Werner Manges vom Institut für Weltraumforschung der Akademie der Wissenschaften.

Ganymet ist der größte Mond in unserem Sonnensystem und der hat auch sein eigenes Magnetfeld. Also insofern ist das ein sehr spezieller Mond. Man kann ihn auch fast als Kleinplanet bezeichnen in dem Mini-Sonnensystem des Jupiters.

Technik aus Österreich wird das Magnetfeld von Ganymet analysieren. Die Daten liefern Informationen über den vermuteten Ozean unter der Oberfläche des Mondes. Wie groß ist er? Wie hoch ist der Salzgehalt?

Zehn Instrumente für Jus mit, die zentrale Frage, ist Leben auf den Jupitereismonten möglich? Eine Antwort könnten die Daten in den 2030ern liefern.

Das war das Frühstück mit Paul Krancker, es ist 6.10 Uhr.

Der ORF ermöglicht folgenden Hinweis kostenlos.

Wenn es darauf ankommt, sind wir in Österreich, hilfsbereit, wir halten zusammen und wir packen an, damit niemand den sozialen Anschluss verliert.

Wenn es darauf ankommt, dann hilft Österreich, Österreich. Spenden Sie jetzt unter [helfen.uf.at](https://www.helfen.uf.at).